

KOMMENTAR

Forderung nach Volksabstimmung Vorurteile geschürt

Von Thomas Franke

Während ganz Europa gebannt auf den Ausgang des französischen Referendums zu Maastricht wartet, wird ein hoher deutscher EG-Funktionär entlassen, weil er unter anderem eine deutsche Volksabstimmung zum selben Thema fordert. Dabei kann sich Manfred Brunner prominenter Mitsprecher rühmen. Quer durch alle Parteien, von Peter Gauweiler (CSU) bis zu Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt (SPD) reicht die Reihe derer, die den Deutschen mehr direkte Mitbestimmung verschaffen wollen.

Warum soll der deutsche Wähler nicht bei einem Problem dieser Tragweite direkt sein Votum abgeben dürfen, fragen viele. Gern wird auch auf die Schweiz verwiesen, die in diesem Punkt geradezu ein Musterland ist.

Doch zeigt das Beispiel Frankreich auch die Grenzen der Volksbeteiligung. In teilweise grotesken Verzerrungen und dem Wecken alter Ressentiments gegen Deutschland werden hier die Probleme Europas mit innenpolitischen Streitpunkten vermischt. Einige Oppositionspar-

teien werben ungeniert für ein Nein – nicht wegen Maastricht: Sie wollen nur die Regierung und den Präsidenten treffen. Und wer kann die Frage nach einem komplizierten Vertragswerk einfach mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten, wenn dessen Auswirkungen je nach politischer Einstellung schwarz oder weiß gemalt werden?

Nicht anders als in Frankreich würde wohl in Deutschland die öffentliche Debatte aussehen. Dennoch dürfen die Bürger der Bundesrepublik nicht länger mit den wenigen Möglichkeiten abgespeist werden, die bisher per Gesetz zur Volksabstimmung vorgesehen sind; wie etwa die Änderung der Grenzen der Länder, oder in einigen Bundesländern Schulfragen oder Müllkonzep- te. Die Zeit ist reif, mehr direkte Demokratie zu wagen. Die wachsende Politikverdrossenheit ist ein deutliches Warnsignal.

Doch eins muß sichergestellt sein: Die Sache – und nicht das Schüren von Vorurteilen oder Angstkampagnen – hat im Mittelpunkt der Volksabstimmung zu stehen, sonst gerät sie zur Farce. Hier haben auch unsere Politiker noch Nachbedacht.

WORT ZUM SONNTAG

Die ganze Wahrheit

Schon wieder hat ein Politiker einer anderen als „populistisch“ bezeichnet. „Populus“ heißt „Volk“, und wer seine Forderungen nicht auf dem ausrichtet, was sachlich notwendig und geboten sondern an dem, was „bei den Leuten“ ankommt, der ist eben populistisch. So versucht man, sich beliebt zu machen, an der Macht zu bleiben und das eigene Ansehen zu pflegen. Es geht – auch in manchen Fernsehsendungen – nicht um die Wahrheit, sondern nur um das, was man davon zum eigenen Vorteil verwenden kann.

Daß die Kirche heute vielen Anfeindungen ausgesetzt ist, oft mit spöttischer Überheblichkeit angegriffen wird, hat zu einem großen Teil auch damit zu tun, daß es hier um wahr-

einfach gemacht. Selbst eine zunehmende Feindschaft hat ihn von diesem Weg nicht abbringen können. Seine Botschaft ist oft kantig und dringlich, weil anders die Menschen aus ihrer Trägheit nicht zu befreien sind. Schließlich muß er dafür sterben, daß seine Wahrheit von maßgebenden Leuten immer heftiger abgelehnt wird.

Diese Botschaft vom Heil hängt eben nicht von der Zustimmung einer Mehrheit ab. Von dieser Wahrheit ist auch nach einer langen Zeit nichts verloren gegangen.

Wer eine Wahrheit sucht, die über die Zufälle des Tages und die Wechselfälle der Geschichte hinaus Bestand hat, der wird wissen, wo er dieser Gewißheit finden kann. Das sieht alle die, die lieber kurzfristige

BKA übernahm Ermittlungen nach dem Attentat auf Kurden

Kam der Auftrag zum Mord aus Teheran oder von der PKK?

Von Rochus Gürgen und Wolfgang Jasinski

Berlin: (dpa) Der Mord an den vier führenden Mitgliedern der Demokratischen Kurdischen Partei in Iran (PDKI) in Berlin-Wilmersdorf war offenbar präzise vorbereitet. Die zur iranischen Opposition zählenden Männer fielen einem Killerkommando zum Opfer, dessen Hintermänner bisher wie die Täter selbst noch unbekannt sind. Freunde der Toten äußerten jedoch bereits einen konkreten Verdacht: Die Spur, zeigte sich einer von ihnen überzeugt, führe in das Berliner Konsulat des Iran. Immerhin habe der iranische Informationsminister

angekündigt, daß jede oppositionelle Gruppierung zerschlagen werden solle. Die Karlsruher Bundesanwaltschaft geht davon aus, daß der Mord entweder von der kommunistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) oder einer iranischen Gruppierung verübt worden ist, sagte der Sprecher des Generalbundesanwalts, Hans-Jürgen Förstner.

Der Leiter der Staatsschutzabteilung, Dieter Piete, sagte, die Polizei gehe davon aus, daß es sich um iranische Täter gehandelt hat.

Gegen 23 Uhr hatte am Donnerstagabend zwei Killer das griechische Restaurant „Mykonos“ in Wilmersdorf betreten. Ohne Um-

schweife gingen sie durch das gut besuchte Lokal zum Hinterzimmer. Nachdem sie auf persisch „Hurensohne“ gerufen hatte, feuerte einer ohne Zögern mit einer Maschinenpistole auf die in kleinem Kreis versammelten Gäste. Sein Partner schoß mit einer Handwaffe. Ziel des Anschlages war der 54jährige PDKI-Generalsekretär Sadegh Charafkandi, dessen Vorfänger ebenfalls – 1989 in Wien – von einem Killerkommando ermordet worden war. Die Polizei schloß einen Zusammenhang zwischen beiden Taten nicht aus.

Nach den Schüssen verschwanden die Mörder spurlos. Drei ihrer Opfer waren auf der Stelle tot. Ein vierter Kurde erlag kurze Zeit später seinen schweren Verletzungen. Der Wirt, ein Exil-Iraner, war gestern nachmittag nicht mehr in Lebensgefahr. Die Opfer hatten sich zu einem Meinungsaustausch über die Lage in ihrer Heimat getroffen. Charafkandi war Gast des Kongresses der Sozialistischen Internationale im Berliner Reichstag gewesen.

Wie gut das Kommandounternehmen wirklich vorbereitet war, zeigen erste Erkenntnisse: Zur Absicherung der Tat war ein Komplize vor der Tür postiert. Der Todeskütze selbst wurde von einem weiteren Bewaffneten geschützt. Iran distanzierte sich inzwischen von dem Attentat und verwahrte sich dagegen, in Verbindung mit dieser feigen Tat gebracht zu werden.



So wie auf diesen Photos sollen die Mörder aussehen, die den brutalen Anschlag auf Kurden in Berlin verübten.



die Mörder aussehen, die den brutalen Anschlag auf Kurden in Berlin verübten. Foto: dpa

KURZ BERICHTET

Zur Mafia-Bekämpfung in ganz Europa haben die EG-Innen- und Justizminister gestern in Brüssel eine Spezial-Arbeitsgruppe einberufen. Innerhalb von sechs Monaten soll ein Bericht über Organisation und Struktur der Mafia erstellt werden.

Finanzminister schließen sieht die öffentlichen Haushalte in der „schwierigsten Finanzsituation seit der Staatsgründung“. Mit Sparsamkeit allein sei der Zustand nicht mehr zu be-

Möller will den „Druck auf SPD mildern“

Vorsichtige Annäherung in Bonner Asyldebatte

Bonn. (ap/dpa) Ungeachtet ihrer politischen Auseinandersetzungen über das Asylrecht bewegen sich die großen Parteien in dieser Frage inhaltlich aufeinander zu. CDU-Generalsekretär Hintze forderte die

mildern. CSU-Landesgruppen-Chef Bötsch kündigte allerdings gestern an, daß die CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch einen Formulierungsvorschlag zur Änderung des Grundrechts auf Asyl vorlegen werde.